



Wortprotokoll der 19. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 14. Dezember 2022, 18:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

E.700

Präsenzsitzung und Videokonferenz im
Webex-Format

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

Tagesordnung

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Seite 3

Fachgespräch zum Thema **„Perspektiven,
Dringlichkeit, Schwerpunkte von Nachhaltigkeit
aus Sicht der Gewerkschaft“**



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kersten, Dr. Franziska Kleebank, Helmut Zorn, Armand	Abdi, Sanae Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Rudolph, Tina Wagner, Dr. Carolin
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Radomski, Kerstin Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang	Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Aeffner, Stephanie Ganserer, Tessa Wagner, Johannes	Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelson, Swantje Henrike
FDP	Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Teutrine, Jens	Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad
AfD	Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer	Bleck, Andreas Brandner, Stephan
DIE LINKE.	Riexinger, Bernd	



Einzigiger Tagesordnungspunkt

Fachgespräch zum Thema „Perspektiven, Dringlichkeit, Schwerpunkte von Nachhaltigkeit aus Sicht der Gewerkschaft“

dazu Sachverständiger

Jan Phillip Rohde

Referent für Umwelt-, Klima- und
Nachhaltigkeitspolitik, Deutscher
Gewerkschaftsbund

dazu verteilt:

Stellungnahme Ausschussdrucksache 20(26)29

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich eröffne die 19. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für „nachhaltige Entwicklung (PBnE) mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Öffentliches Fachgespräch zum Thema ‘Perspektiven, Dringlichkeit, Schwerpunkte von Nachhaltigkeit aus Sicht der Gewerkschaft‘“. Ich begrüße alle Anwesenden und alle per Video zugeschalteten Mitglieder des PBnE. Ganz herzlich begrüßen darf ich auch unseren heutigen Sachverständigen. Er ist Referent für Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Wir erhoffen uns von ihm heute einen wertvollen Input zu diesem spannenden Thema und freuen uns auf eine angeregte Diskussion. Sehr geehrter Herr Jan Phillip Rohde, herzlich willkommen. Wir bedanken uns schon an dieser Stelle, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen, und ich darf Sie anhand Ihrer eigenen Angaben für die Kolleginnen und Kollegen hier im Raum und online ganz kurz vorstellen.

Herr Jan Philipp Rohde ist Referent für Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Im Mittelpunkt seiner Arbeit stehen die durch den Klimawandel bedingten Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft und die gerechte Gestaltung dieses Strukturwandels. Zuvor arbeitete er in verschiedenen Bereichen der Struktur- und Umweltpolitik des DGB. Jan Philipp Rohde studierte in Berlin und in Limerick Volkswirtschaft und hat einen Master in Public Economics.

Bevor wir in das Gespräch einsteigen, gebe ich noch einige kurze organisatorische Hinweise. Herr Rohde hat zur Vorbereitung auf das Gespräch eine Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes übersandt, welche als Ausschussdrucksache 20(26)29 an die Beiratsmitglieder verteilt und auf der Homepage des Beirats veröffentlicht wurde.

Die Mitglieder des PBnE haben beschlossen, dass das heutige Gespräch im Parlamentsfernsehen übertragen wird. Die Sitzung wird live auf Kanal 2 übertragen und später in der Mediathek und dann auch auf der Website des Beirats eingestellt. Der Sachverständige hat sich mit der Übertragung einverstanden erklärt.

Von unserem Fachgespräch wird zudem ein Wortprotokoll erstellt. Zu diesem Zweck wird die Sitzung zur Erstellung des Protokolls mitgeschnitten.

Für das Eingangsstatement haben wir Herrn Rohde ein Zeitfenster von ca. 15 Minuten eingeräumt. Ich bitte darum, das möglichst einzuhalten, wobei wir nicht auf die Sekunde schauen. An das Eingangsstatement werden sich dann eine bzw. mehrere Fragerunden anschließen. Es ist vorgesehen, dass die Fragen im Anschluss an die Fragerunde gemeinsam beantwortet werden. Es ist also das hier verabredete und geübte Verfahren.

Gegen 19:00 Uhr würde ich die öffentliche Sitzung gerne beenden. Auch hier sind wir wie immer etwas flexibel. Die Mitglieder des PBnE werden sich dann anschließend noch für eine nichtöffentliche Sitzung – ebenfalls in diesem Sitzungsformat mit den gleichen Zugangsdaten – zusammenfinden. Widerspruch dazu erkenne ich nicht. Dann können wir so verfahren.

Sehr geehrter Herr Rohe, nach den Einleitungen und den organisatorischen Hinweisen freuen wir uns auf Ihren Input, und Sie haben das Wort.

Sachverständiger **Jan Phillip Rohde** (Referent für Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik, Deutscher Gewerkschaftsbund): Vielen Dank Herr Kleebank für die netten Worte. Vielen Dank auch an den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung für die heutige Einladung und dass Sie sich auch mit der Perspektive der Gewerkschaften auf die nachhaltige Entwicklung



befassen. Das ist ein positives Signal, um zum einen den Nachhaltigkeitsdiskurs zu stärken und sich mit der großen Akteurs-Vielfalt auseinander zu setzen. Zum anderen zeigt es, dass die Nachhaltigkeit nicht nur auf die ökologische Dimension beschränkt ist, wie oft wahrgenommen wird, sondern viel breiter diskutiert werden muss, und dazu leisten wir gerne einen Beitrag.

Für den DGB und seine Mitglieds-Gewerkschaften hat die nachhaltige Entwicklung in Deutschland, aber auch in Europa und weltweit einen hohen Stellenwert. Gerade der ganzheitliche Ansatz der ökologischen Tragfähigkeit mit inklusivem Wachstum und sozialem, geschlechtergerechtem Fortschritt zusammenzubringen, ist für uns zentral. Deswegen unterstützen wir die Agenda 2030 der Vereinten Nationen und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Die Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung ist hoch, gerade vor den Herausforderungen, vor denen wir stehen. Wir haben zum einen die geopolitischen Krisen, die gezeigt haben, dass die vorherrschenden Wirtschafts- und Sozialmodelle nicht immer ausreichend resilient gegenüber Krisen sind. Gleichzeitig sehen wir die Transformations-Treiber „Digitalisierung“, „Globalisierung“, „Klimawandel“, aber auch die Demografie, die massive Veränderungen in unserer Art, wie wir wirtschaften bzw. arbeiten, aber auch konsumieren, mit sich bringen. Die Auswirkungen auf Unternehmen, auf Regionen, auf Beschäftigte und jeden Einzelnen sehen wir heute schon immer stärker und werden immer stärker spürbar.

Das führt mich zur Bedeutung und Wahrnehmung der Nachhaltigkeitsstrategie. Bisher ist die Wahrnehmung der Nachhaltigkeitsstrategie eher gering. Der Diskurs findet in einer in sich schlüssigen Blase statt. Der Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie zeigt zwar Erfolge an, die stehen aber oft nur in einem indirekten Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsstrategie. Deswegen ist es ein Anliegen, ein Augenmerk darauf zu legen, Nachhaltigkeit in die Breite zu tragen, Bewusstsein zu schaffen und zentrale Akteure in ihrer Arbeit zur Nachhaltigkeit zu unterstützen. Das ist für uns ein großer und zentraler Hebel, um die wichtigen Akteure noch stärker in diesen Prozess einzubinden. Gerade weil die Strategie so breit ist, werde ich mich im Folgenden auf wesentliche Bestandteile

konzentrieren, die aus gewerkschaftlicher Sicht im hohen Maße dem Leitmotiv „leave no one behind“ folgen.

Der gewerkschaftliche Anker ist das Nachhaltigkeitsziel (Sustainable Development Goal, SDG) Nummer 8, das oft nur als „Wirtschaftswachstum“ wahrgenommen wird. Wenn man sich aber das SDG 8 einmal näher anguckt, steckt da noch mehr drin. Im englischen „decent work“, auf Deutsch würden wir das mit „guter Arbeit“ übersetzen. Das ist für uns auch der zentrale Hebel zur Nachhaltigkeit. Wie zentral SDG 8 und gute Arbeit sind, wird deutlich, wenn man sich die Querbeziehungen anschaut. Gute Arbeit, gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne, geschlechtergerechte Bezahlung und die Einhaltung von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechten, für die sich Betriebs- und Personalräte und Gewerkschaften einsetzen, sind zum einen das wirksamste Mittel zur Bekämpfung von Armut (SDG 1), zur Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5) und zur Reduktion von Ungleichheit. Zudem zahlt die Arbeit der Beschäftigten in den Dienststellen, aber auch in Betrieben zentral auf nachhaltige Industriestrukturen und Innovationen ein, als auch auf eine gerechte Gestaltung der Transformation. Zudem ist Gewerkschaftsarbeit und Mitbestimmung gelebte Demokratie im Betrieb. Das alles sind Voraussetzungen, um Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt gerade in der Zeit der Transformation zu stärken, und gerade das sollte die Nachhaltigkeitsstrategie noch stärker verinnerlichen.

Die Qualität der Arbeit sollte eine deutlich stärkere Rolle spielen. Wenn man sich anguckt, was die Nachhaltigkeitsstrategie bisher an Indikatoren zu SDG 8 so aufweist, wird schnell deutlich, dass der einzige Indikator zur Messung von guter Arbeit die Erwerbstätigen-Quote ist, und die Erwerbstätigen-Quote hat relativ wenig mit der Qualität zu tun. Deswegen sollte ein erster Schritt sein, den Anteil der Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen zu berücksichtigen. Das ist relativ leicht darzustellen. Das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gibt hier regelmäßig Auskunft. Tarifbindung und Mitbestimmung sind dabei kein Selbstzweck. Mitbestimmung und Tarifverträge sorgen für mehr Gerechtigkeit im



Betrieb. Sie sichern wirtschaftliche und auch soziale Teilhabe gerade in Zeiten von Veränderungen. Zudem sorgen Tarifverträge für Sicherheit im Wandel und sorgen dafür, dass die Beschäftigten mitgenommen werden. Das schafft Akzeptanz, und am Ende erleichtert das auch Transformationsmaßnahmen.

Studien zeigen, dass Mitbestimmungsstrukturen zu einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung beitragen. Das ist nicht nur in den Argumenten belegt, sondern das zeigen auch Studien. Der Grund dafür ist zum einen, dass die Beschäftigten die langfristige Perspektive oft auch gegenüber von Kapitalinteressen einbringen. Sie sorgen damit für nachhaltige Investitionen in die Standortentwicklung, sie sorgen mit ihrer Arbeit für Beschäftigungssicherung und auch für Aus- und Weiterbildungsstrategien und gute Einkommen. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Mitbestimmungsstrukturen für eine innovative und nachhaltige Unternehmenskultur sorgen und zu mehr Akzeptanz gegenüber Veränderungen beitragen. Deshalb wäre ein erster Schritt, die Unternehmensmitbestimmung in Deutschland auszubauen und der drohenden Erosion entgegenzuwirken.

Zum anderen braucht es einen Modernisierungsschub des Betriebsverfassungsgesetzes, damit die Betriebsräte und Personalräte ganz konkrete Werkzeuge in der Hand haben, mit denen sie die Gestaltung der Transformation auch mitgestalten können. Der DGB hat dazu umfassende Vorschläge unterbreitet, dazu zählen u. a. ein Initiativ- und Mitbestimmungsrecht beim Klimaschutz, aber auch bei Weiterbildung, bei Beschäftigungssicherung und auch bei der Personalplanung. International setzt sich der DGB gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund mit der Kampagne „Time for 8“ für die Rechte von Beschäftigten weltweit ein. Es braucht weltweit starke Arbeitnehmerorganisationen, um im sozialen Dialog auf Augenhöhe mit Arbeitgebern und auch Regierungen zu verhandeln, um für soziale und gute Umweltstandards zu sorgen. Daher geht es auch im Sinne der Nachhaltigkeit darum, demokratische Gewerkschaften auf der ganzen Welt zu unterstützen, und das gilt auch für die Verantwortung in Lieferketten. Das vom DGB

lange geforderte Lieferkettengesetz ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Jetzt muss es darum gehen, auch auf europäischer Ebene gute und vor allen Dingen durchsetzbare Standards zu setzen.

Ein weiteres Kernziel aus gewerkschaftlicher Sicht ist die Reduzierung von Ungleichheit. Wir haben gesehen, dass ein Fortschritt bei der Bekämpfung von Ungleichheit und von Armut, aber auch beim Zugang zu guter Bildung weiterhin nur langsam zu erkennen ist. Trotz umfangreicher Verbesserungen in den letzten Jahren, sind immer noch neun Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut und das trotz Arbeit. Auch in Deutschland waren im Jahr 2019 rund 16,8 Prozent der Menschen von Armut betroffen. Dem Beschäftigungszuwachs der letzten zehn Jahre steht dennoch eine kontinuierlich hohe Armutsgefährdungsquote gegenüber. Die Krisen, die uns alle betreffen und vor denen wir stehen, verschärfen diese Situation und wirken wie eine Art Brandbeschleuniger auf diese Trends. Die Auswirkungen der Krise führen dazu, dass sich Ungleichheit weiter vertieft. Das schadet der Gesellschaft, der Wirtschaft, aber gerade auch dem sozialen Zusammenhalt in Deutschland.

Zudem bedeutet der Wechsel von Arbeitslosigkeit zur Beschäftigung nicht automatisch einen enorm wirtschaftlichen Aufstieg. Wir sehen, dass die Löhne zum Teil zu niedrig sind, damit diese vor Armut schützen. Unsere Antworten darauf sind zum einen gute Arbeit, gute Arbeitsbedingungen, eine starke Tarifbindung, das hatte ich ja ausgeführt, aber auch ein handlungsfähiger Staat, der sich aktiv mit der Gestaltung der Transformation, aber auch mit dem Krisenmanagement und der wirtschaftlichen Erholung auseinandersetzt. Ein Beispiel dafür sind die aktuellen Entlastungsmaßnahmen, aber auch die Wirtschafts-Stabilisierungs-Maßnahmen während der Corona-Pandemie.

Zudem braucht es mehr öffentliche Investitionen in Güter der Daseinsvorsorge, die allen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist aus unserer Sicht ein gerechtes Steuersystem bei dem stärkere Schultern mehr zu einem handlungsfähigen Staat und einer gerechten Gesellschaft beitragen, sehr, sehr wichtig und zentral. . Auch hier hat der DGB einen Reformvorschlag unterbreitet.



Ein Meilenstein zur Bekämpfung der Ungleichheit ist der Mindestlohn, und wir sehen auch über fünf Jahre nach der Einführung und Inkrafttreten des Mindestlohnes positive Effekte auf Beschäftigung, auf Löhne und auf Verteilung und Wirtschaft. Allerdings sollte klar sein, dass der Mindestlohn nur die untere Haltelinie ist und für die konsequente Durchsetzung gesorgt werden muss. Tarifverträge bleiben weiterhin primäres Ziel, deshalb sollten effektive Maßnahmen zur Steigerung der Tarifbindung gerade auch im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe eine Rolle spielen.

Nun komme ich zu der sozialökologischen Transformation und SDG 13. Die vielen Krisen, die ich schon beschrieben habe, dürfen nicht überdecken, dass wir den Klimawandel dringend begrenzen müssen. Klimaschutz und Nachhaltigkeit dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Aus Sicht des DGB muss dafür Klimaschutz mit gerecht verteiltem Wohlstand und guter Arbeit zusammengebracht werden, und im Kern sollten tragfähige Perspektiven für die betroffenen Regionen, aber auch für die betroffenen Beschäftigten geschaffen werden. Dafür haben wir auch im Rahmen unseres Konzeptes eines gerechten Strukturwandels eine „Just Transition“ mit entsprechenden Anforderungen formuliert. Auch hier spielen Mitbestimmung und Tarifbindung eine große Rolle. Gleichzeitig braucht es, damit wir die Transformation meistern, eine massive Investitions- und Modernisierungsoffensive. Zum einen müssen die Voraussetzungen geschaffen werden über öffentliche Investitionen in klimafreundliche Alternativen, wie z. B. dem Ausbau der erneuerbaren Energien, dem Hochlauf der Wasserstoff-Wirtschaft, zu investieren, aber auch dem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs oder der Ladesäulen-Infrastruktur. Genau diese Maßnahmen tragen zudem dazu bei, weniger anfällig zu sein gegenüber geopolitischen Entwicklungen. Ein Großteil der notwendigen Investitionen wird zudem privater Natur sein, und auch hier braucht es einen geeigneten Rahmen. Aus unserer Sicht ist auch hier ein handlungsfähiger Staat, der mit strategischen Investitionen die Transformation lenkt, ein wichtiger Akteur. Aber auch hier sollten beim Einsatz der öffentlichen Gelder hohe Kriterien angelegt werden. Dazu zählen die

Emissionsminderung, aber auch die Standortentwicklung, die Beschäftigungssicherung und gute Arbeit.

Um diese Investitionsoffensiven zu ermöglichen, müssen auch bestehende Regeln auf den Prüfstand. An dieser Stelle mache ich wieder den Schlenker zur Nachhaltigkeitsstrategie und dem Ziel 8.2., das aussagt, dass die Staatsverschuldung begrenzt werden soll. Die Rückführung der Staatsverschuldung mit dem Verständnis der Generationengerechtigkeit wird in der Nachhaltigkeitsstrategie begründet. Das ist aus unserer Sicht schwer nachzuvollziehen. Wenn wir den Anschluss an die Transformation verpassen und auch im Klimaschutz, wäre das eine weitaus größere Bürde für zukünftige Generationen als ein temporär gestiegener Verschuldungsgrad der öffentlichen Hand.

Zudem muss es darum gehen, im sozialen Dialog mit Unternehmen, mit staatlichen Akteuren tragfähige Konzepte zu entwickeln und zu vereinbaren. Das schärft die Akzeptanz, erhöht die Teilhabe und sorgt für Fortschritt. Ein Beispiel dafür war die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, ein anderes Beispiel sind Transformationsräte. Diese Einrichtungen sollten weiter gestärkt werden.

Mit Blick auf die Zeit würde ich es dabei belassen und sozusagen noch der „Disclaimer“, dass das natürlich nur ein Teil der „Nachhaltigkeit“ darstellt, an der auch die Gewerkschaften arbeiten. Ich wollte damit einen ersten Überblick schaffen. Vielen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ein herzliches Dankeschön, insbesondere bezüglich Ihres Eingangsstatements. Der Hinweis „Nachhaltigkeit ist nicht nur Ökologie“, kommt mir sehr bekannt vor, weil ich mich auch immer sehr Bemühe, darauf aufmerksam zu machen, die soziale Dimension nicht zu vergessen. Sie haben ja viele sehr wichtige Aspekte angesprochen, sodass ich mich jetzt auf die Diskussion freue. Wir sind ja hier, wie alle Beteiligten wissen, etwas flexibler. Ich schaue mal in die Runde. Ich habe von Herrn Dr. Kraft eine Wortmeldung gesehen. Dann würde ich sagen, fangen wir bei Herrn Dr. Kraft an und machen dann einmal die Runde. Ich würde Herrn Rohde bitten, anschließend die Antworten zusammengefasst vorzutragen.



Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Dankeschön, Herr Vorsitzender. Herr Rohde, vielen Danke für den Vortrag. Ich weiß ja nicht, ob Sie es bemerkt haben? Am Ende haben Sie doch wieder alles dem Klimaschutz untergeordnet, nach dem Motto, „Schulden, koste es was es wolle“, also alles nur im Hinblick auf das Nachhaltigkeitsziel Nummer 13. Ehrlich gesagt, ich kann es auch nicht mehr hören. Ich bin auf vielen Veranstaltungen gewesen, insbesondere nach Corona. Da sind dann auch die Industrieverbände, und alle sagen das gleiche. Man will das zwar machen, aber es wird Milliarden an Investitionen kosten, und danach folgt ein fünf- bis zehnjähriges Intervall, in dem man nicht wirtschaftlich handelt und in dem man fünf bis zehn Jahre vom Staat durchfinanziert werden muss. Das macht nicht ein Industriezweig, dass wollen alle gleichzeitig machen. Luft- und Raumfahrt, Automobilindustrie, Stahlindustrie, chemische Industrie, Glas-Industrie etc. Was machen wir denn in diesen fünf bis zehn Jahren, in denen keine produktive Wertschöpfung in diesem Land stattfindet, und was macht der Gewerkschaftsbund?

Es ist auch schön, dass Sie sich für die Jobs woanders auf der Welt einsetzen, das werden dann die Jobs sein, die hier wegfallen. Im Zusammenhang mit der „Carbon Leakage“ werden wir Nachhaltigkeitsziel 13 wieder nicht einhalten. Was gedenkt in diesem Falle der DGB zu tun, damit eines dieser Ziele erreicht wird, außer natürlich, dass man mit dem Geld der Steuerzahler freigiebig um sich schmeißt? Danke.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):

Dankeschön. Ich glaube, Herrn Riexinger habe ich auch gesehen? Wie gesagt, wir gehen einmal rum. Bitteschön.

Abg. **Bernd Riexinger** (Die LINKE.): Ich bin erst einmal sehr dankbar, dass die verschiedenen Ebenen der Nachhaltigkeit zusammengedacht werden, insbesondere die Frage der sozialen Gerechtigkeit, und ich würde im Übrigen auch die Frage der Arbeitsplätze mit einschließen. Also, es geht um einen Zukunftsentwurf, wo man sowohl Arbeitsplätze, als auch das Klima schützen kann, aber auch praktisch eine Investitionsoffensive finanzieren kann. Ich glaube ehrlich gesagt, dass es ganz interessant ist, was der Club of Rome vorgelegt hat. Der hat auch gesagt, also das habe ich von dieser Stelle das erste Mal so gehört, das

die Frage der „Nachhaltigkeit“ eben auch mit „sozialer Gerechtigkeit im Steuersystem“ beantwortet werden muss, und dass natürlich die Reichen und Vermögenden und Wohlhabenden einen viel größeren ökologischen Fußabdruck hinterlassen und auch von den Folgen der Klima-Katastrophe weniger betroffen sind. Da kommen wir natürlich an ernsthafte Probleme auch beim sozialen Dialog, da hört es ja auf, wenn es darum geht, wer muss für die Kosten aufkommen. Auch in diesen politischen Zusammenhängen hört es ja da ein Stückweit auf. Ich bin aber absolut überzeugt, dass, wenn zehn Prozent der Reichsten nicht herangezogen werden, wird es nicht zu stemmen sein. Wenn die Leute vor die Alternative gestellt werden „Arbeitsplatz“ oder „Zukunft meiner Kinder und der Enkel“ oder gar in weltweiten Zusammenhänge und das dann als Gegensatz begriffen und erfahren wird, werden die Leute nicht mitgehen.

Vielleicht noch ein Zusatz: Vielleicht müssen wir da auch in den Gewerkschaften, ich definiere mich auch als Gewerkschafter, stärker denken, dass vielleicht das Produktions- und Wirtschaftsmodell geändert werden muss. Im Sinne dieser Nachhaltigkeit wird ja auch Wohlstand durchaus nicht mehr einfach nur an das Wachsen des Bruttosozialproduktes geknüpft, sondern wir brauchen andere Kriterien: Zugang zu guter Bildung, Zugang zur Gesundheitsversorgung, Löhne, von denen man leben kann, befriedigendes soziales Zusammenleben, also praktisch Gemeingüter. Ich glaube, das hat der Kollege von der AfD auch ein bisschen übersehen, dass dort im Übrigen überall wo das gemacht wird ein starker Aufwuchs von Arbeitsplätzen stattfindet, und man vielleicht auch „Wirtschaft“ nicht nur im Sinne der industriellen Wertschöpfung sehen kann, sondern in einer umfassenderen Form, bei der auch Gemeingüter eine große Rolle spielen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):

Dankeschön. Ich schaue mal Richtung SPD. Bitteschön, Herr Echeverria.

Abg. **Axel Echeverria** (SPD): Herr Rohde, vielen Dank für den interessanten Vortrag, der meiner Meinung nach, viele Dinge miteinander verbindet und auch in Teilen die richtigen Fragen und Antworten gibt. Wir leben gerade in einer Zeit, in der wir eigentlich einen Arbeitsmarkt haben, der



nach Fachkräften geradezu schreit. Das heißt, die Überwindung von Ungleichheit hat viel mit Bildung zu tun. Wenn wir uns einmal angucken, wo geschieht eigentlich Bildung, dann geschieht dies in erster Linie in der Kommune. Dort fängt die Bildung an. Vom Kindergarten, über die Schule usw. usf. Wenn wir uns die Situation der Kommunen in unserem Land einmal angucken, ist diese wirklich auch ungleich. Das heißt, wenn sie in einer armen Region in Deutschland aufwachsen, wo die Infrastruktur nicht mehr vorhanden ist oder nur noch sehr reduziert und auch nicht mehr so ausgebaut, dass sie dem 21. Jahrhundert eigentlich noch gerecht wird, starten sie mit verdammt schlechten Startvoraussetzungen, und da ist noch nicht mal die Frage nach der finanziellen Lage des Elternhauses, die sich ja dann auch noch stellt. Davon hängt ja ein ganzer Rattenschwanz ab. Sie haben vorhin richtig gesagt, dass wir Staatsfinanzen wahrscheinlich neu denken müssen, und Sie haben auch die Schuldenbremse kritisiert. Wie sehen Sie das? Inwieweit brauchen wir auch massive Investitionen in die Kommunen und eine Herbeiführung ähnlicher Lebensverhältnisse in diesem Land, um allen Menschen auch nur ansatzweise gleiche Chancen zu geben und so dafür zu sorgen, dass wir auch in Sachen „Ungleichheit“ ein bisschen an Land dazu gewinnen?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, dann habe ich Frau Aeffner gesehen.

Abg. **Stephanie Aeffner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, auch von mir vielen Dank für den Bericht. Ich würde auch mal mit ein paar Fragen starten. Sie haben als zentrales Mittel zur Erreichung des Nachhaltigkeitsziels zur Überwindung von Armut „Arbeit“ genannt. Jetzt weiß ich, dass Gewerkschaften auch mit Erwerbsloseninitiativen etc. durchaus sehr viel arbeiten. Da teilt sich ja unsere Gesellschaft nicht nur in Arbeitstätige und Erwerbslose, sondern wir haben auch, ich sage mal, „gesellschaftliche Wertschöpfung“, die sich nicht in Erwerbstätigkeit messen lässt. Wenn wir an „Care-Arbeit“ denken, wenn wir an Menschen denken, die gesundheitliche Probleme haben, sich aber vielleicht ehrenamtlich engagieren, was sind denn da Ihre Ideen, was man in diesem Bereich hier zur Überwindung von Armut tun könnte, und was

könnten da auch Indikatoren sein, wie man das messen kann und wie man da voran kommt?

Dann meine zweite Frage: Sie haben eben auch von guter Arbeit gesprochen und an dieser Stelle Tarifbindung und Mitbestimmung genannt. Was sind denn aus Ihrer Sicht entscheidende Indikatoren, auf die wir an dieser Stelle mit draufgucken müssen, und was müssen wir politisch dafür tun?

Zum Schluss die folgende Frage, mit Blick auf „Nachhaltigkeit“ in Punkto „Finanzen“: Was könnten da Indikatoren sein, wie wir die verschiedenen Ziele letztlich auch unter einen Hut bekommen, um auf der einen Seite eben z. B. durch gute Bildungsvoraussetzungen gleiche Startbedingungen zu schaffen, bei denen ich dann auch Investitionen brauche? Auf der anderen Seite bedeutet es aber eben auch nicht eine Schuldenlast für einen Staat, die dann Handlungsspielräume nachfolgender Generationen schmälert. Wie können da Indikatoren aussehen, die diese verschiedenen Ziele unter einen Hut bringen?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Ich schau mal zur FDP. Da sehe ich Herrn Gerschau.

Abg. **Knut Gerschau (FDP):** Dankeschön. Ich war vor kurzen auf einer Delegationsreise in Bangladesch und habe vor Ort erlebt, wie sehr die Arbeiter in der Textilindustrie in ihrem Gewerkschaftsengagement durch Kündigung und Gewalt bedroht sind. In Ihrer Stellungnahme sprechen Sie sich für die weltweite Unterstützung beim Aufbau von demokratischen Gewerkschaften aus. Durch was können wir diese Arbeiter neben dem Lieferkettengesetz schützen und sie in ihrem Engagement stärken, und wie fördert der DGB das Engagement von Gewerkschaften im Ausland?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Daher, sehr geehrter Herr Rohde, sind wir gespannt auf die Antworten zu den vielen verschiedenen Aspekten. Ich bin fast sicher, dass wir noch eine zweite kleine Nachfragerunde haben werden.

Sachverständiger **Jan Phillip Rohde (Referent für Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik, Deutscher Gewerkschaftsbund):** Vielen Dank für Ihre Beiträge und Nachfragen. Da haben Sie mir



auf jeden Fall ein großes Paket mitgegeben. Ich würde versuchen, die Nachfragen in der Reihenfolge zu beantworten, vielleicht auch verschiedene Sachen zusammenzufassen. Beginnen würde ich mit der Nachfrage zum Klimaschutz in Deutschland und wie dabei unsere Haltung ist. Auch die Frage des „Carbon Leakage“. Ich glaube, es führt kein Weg daran vorbei, nicht nur vor dem Hintergrund des Drucks, den wir haben, sondern auch vor den Entwicklungen anderswo. Also, „Carbon Leakage“ steht zunehmend diesem Phänomen, des „renewable pool“ gegenüber. Da steckt dahinter, dass woanders mittlerweile bessere Standortbedingungen für die Produktion entstehen, weil dort mehr erneuerbare Energien zur Verfügung stehen und weil dort die Wasserstoffinfrastruktur besser ausgebaut ist etc. Das ist gar keine Frage von „Können wir uns den Klimaschutz leisten?“, sondern gerade auch bei der Frage um Standort-Wettbewerbsfähigkeit sollten wir hier unsere Investitionen verstärken, und da gibt es interessante Studien auch vom BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.), der sozusagen nicht in Verdacht steht, mit uns regelmäßig gemeinsame Sache zu machen. Der BDI hat in seiner Klimafrage-Studie gezeigt, dass die Investitionen in die Transformation zumindest nicht mit einem wirtschaftlichen Einbruch einhergehen, sondern vielmehr die Investition für ein Wirtschaftswachstum sorgen. Also, deswegen ist das auf jeden Fall notwendig. Das soll aber nicht verschweigen, dass mit diesem Prozess auch Veränderungen in den Wirtschaftsstrukturen einhergehen und natürlich Arbeitsplätze und auch Regionen massiv betroffen sind. Das ist kein Selbstläufer, sondern wir werden sehen, dass wir massive Verschiebungen haben zwischen Branchen, aber auch zwischen Regionen, und hier gilt es, über strukturpolitische und industriepolitische Maßnahmen, aber auch gerade im Dienstleistungsbereich, für eine Aufwertung zu sorgen, und das vor allen Dingen proaktiv zu begleiten, damit da kein Strukturbruch, sondern im besten Falle ein Strukturwandel, entsteht. Vielleicht noch ein Hinweis: Wenn man sich auch andere Regionen der Welt anguckt, z. B. mit dem „Inflation-Reduction Act“, der jetzt gerade in den USA auf den Weg gebracht worden ist, da ist, glaube ich, die Notwendigkeit, dass wir hier unsere Investitionen verstärken und intensivieren,

noch einmal mehr geboten. Am Ende vielleicht, das sei noch gesagt, habe ich keine Glaskugel und kann das nicht abschließend sagen. Aber unsere Erwartung ist, wenn wir den Strukturwandel entsprechend gestalten, es zwar Potentiale und Chancen für Arbeitsplätze gibt, wir werden aber auch Verluste sehen, und das Ziel muss aber sein, dass das im besten Fall mit einer „Netto Null“ passiert.

Zu der Frage von Herrn Riexinger bzw. im Hinblick auf die Kostenverteilung und des Wohlstandsindikators und wie wir Wohlstand messen. Dem würde ich absolut zustimmen. Das sind genau die zentralen Fragen, wir haben das auch z. B. beim Wirtschaftsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) kritisiert, dass da eine starke Fokussierung auf Wirtschaftswachstum und Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf vorgenommen wird. Das ist, glaube ich, gerade in der Nachhaltigkeitsstrategie noch einmal viel breiter anzusetzen. Da sollten wir schon auch den Blick weiten, um dann auch zu einem inklusiveren Verständnis von „Wohlstand“ zu kommen, was über „Wachstum“ hinausgeht und dann Fragen wie „Ungleichheit“ stärker reflektiert werden und der Zugang zu Bildung, aber auch zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

Das ist, glaube ich, auch eine gute Überleitung zu der Nachfrage von Herrn Echeverria. Und zwar die Frage der Bedeutung von Kommunen nicht nur in der Transformation, sondern generell auch für die nachhaltige Entwicklung. Dass halte ich für sehr zentral, und da muss es darum gehen, die Kommunen entsprechend finanziell auszustatten. Das ist der Ort, wo zum einen die Transformation passiert, aber auch der Ort, wo gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden und, das hatten Sie gesagt, dass die Anforderung an gute Bildung ganz zentral ist und auch von uns so unterstützt wird, damit es da eine bessere Ausstattung, mehr Ressourcen für eine bessere Bildung gerade auf kommunaler Ebene geben muss.

Zu der Nachfrage der ehrenamtlichen Strukturen und welche Indikatoren wir dafür zentral halten: Da muss ich an der Stelle erst mal passen. Ich habe keinen Indikator, der „ehrenamtliche Strukturen“ irgendwie noch stärker messen könnte, aber ein Anliegen sollte gerade in diesem



Bereich „Care-Work“ sein, der sehr zentral ist und dass der sich dort wiederfindet.

Wir haben dafür Vorschläge gemacht, um auch beispielsweise das Thema „Geschlechtergerechtigkeit“ in der Nachhaltigkeitsstrategie noch stärker zu erfassen. Man könnte sich beispielsweise vorstellen, dass die Erwerbstätigen-Quote noch stärker nach Geschlechtern differenziert wird. Ich glaube, das ist auch vor dem Hintergrund der Gesundheitsvorsorge ein wichtiger Punkt. Dabei leistet das Ehrenamt einen wichtigen Beitrag. Es muss natürlich auch darum gehen, die Gesundheitsvorsorge entsprechend auszustatten und dort auch für gute Arbeitsbedingungen und entsprechendes Personal sorgen. Dort sind die Krisen doch sehr eindrücklich. Wir sehen das gerade auch bei den Diskussionen der Gewerkschaft ver.di, wie zentral dieser Punkt ist.

Vielleicht noch einmal zu den Indikatoren, die Sie im Zusammenhang mit „guter Arbeit“ angesprochen hatten. Die Tarifbindung wäre da ein Punkt. Wir hatten u. a. auch ein Gespräch mit dem Statistischen Bundesamt. Dieser Aspekt wäre relativ einfach zu erfassen, weil es diesen Indikator bzw. diese Zahlen schon gibt. Man könnte sich darüber hinaus noch überlegen, weitere Zahlen, wie die Lohn-Quote zu adressieren, aber auch andere Indikatoren. Das ist, glaube ich, ein wichtiger Punkt.

An dieser Stelle sei auch noch einmal ein spannendes Projekt der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) erwähnt. Gemeinsam mit dem Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI) und den Arbeitgebern der Chemie-Branche, haben diese die Nachhaltigkeitsstrategie auf die Branchen-Ebene runtergebrochen und ein relativ umfassendes Indikatoren-Set aufgestellt, um zu messen, wie sich die soziale Dimension in der Branche entwickelt und wie das auch gestärkt werden kann. Dabei ergeben sich auch Fragen, wie die Themen „Ausbildungs-Quoten“, „Ausbildungs-Übernahme“ etc. Dadurch wird es möglich, einen sehr, sehr guten Einblick zu geben und welche Indikatoren auch operationalisiert werden können.

Zu der Frage der internationalen Gewerkschaftsarbeit: Wir als DGB arbeiten im

Rahmen des europäischen Gewerkschaftsbundes mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus dem europäischen Ausland eng zusammen, aber darüber hinaus sind wir auch in enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB). Dort findet regelmäßig eine Vernetzung statt. In meinem Schwerpunktthema, dem Klimawandel, ist das auch ein institutionelles Format, bei dem wir uns regelmäßig mit den Kolleginnen und Kollegen austauschen und uns gegenseitig unterstützen. Dort spielen auch die sektoralen Verbände eine große Rolle, die internationale Projekte auflegen, wie z. B. ein Projekt von Transformations-Lotsen, das in Nordafrika gestartet wurde. Das beinhaltet beispielsweise auch ein Aus- und Weiterbildungs-Konzept für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die dann zum einem fit gemacht werden, um im Thema „Transformation“ mitreden können, und zum anderen aber auch Multiplikatoren werden, um in ihren Betrieben die Kolleginnen und Kollegen aufzuklären. Da gibt es andere gute Initiativen rund um den Globus, und wir sind da dabei, diesen Austausch zu intensivieren, um uns da auch international stark aufzustellen. Bei Ihrer Frage, wie diese Strukturen unterstützt werden können, wäre das z. B. auch etwas, um solche Projekte und Initiativen finanziell zu unterstützen, um damit auch die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen vor Ort abseits des Lieferkettengesetzes zu stärken.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank für die umfangreichen Antworten. Ich hätte selber noch eine Frage und würde vielleicht noch einmal eine zweite, kleine Fragerunde eröffnen.

Ich persönlich sehe noch eine weitere Fragestellung, daher mache hier den Einstieg. Bei dem Spezialthema interessiert mich, ob es dazu eine Befassung seitens des DGB gibt. Ich will noch einmal zurück zu dem Umweltthema im weiteren Sinne. Es gibt ja in Deutschland in vielen Kommunen eine sehr starke Konkurrenzsituation bezüglich der Nutzung von Boden, einer nicht vermehrbaren Ressource. Bei der Bodenversiegelung werden im Moment ungefähr 54 Hektar am Tag versiegelt. Das Ziel ist, dies auf 30 Hektar am Tag zu reduzieren. Das ist immer noch eine ganze Menge. Es gibt natürlich auch die Fragestellung, „neues Gewerbegebiet, ja oder nein?“, das dann verbunden ist mit einer



massiven Flächenversiegelung. Beschäftigt sich der DGB an der Stelle mit dem Thema? Wenn wir uns mit der Konkurrenz der verschiedenen Nutzungsarten von Flächen befassen, dann hat das etwas zu tun mit Biodiversität und Lebensräumen, um die wir uns genauso kümmern müssen, wie um das Thema Klimawandel und um CO₂-Reduzierung. Gibt es da eine Befassung bzw. eine Haltung des DGB hierzu?

Dann habe ich aber schon eine zweite Frage gesehen, nämlich von Herrn Teutrine.

Abg. **Jens Teutrine** (FDP): Ja, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich hätte zwei Punkte. Der erste Punkt bezieht sich auf das achte Nachhaltigkeitsziel, „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“. Es ist ja auch ganz spannend, dass das zusammengehört und auch für die Diskussion. Wir haben ja gerade auch schon darüber gesprochen. Sie haben sich dafür ausgesprochen, Wirtschaftswachstum nicht eindimensional zu betrachten. Das ging ein wenig in die Richtung „gemeinwohl-orientierte Ökonomie“. Mich würde dennoch einfach mal interessieren, welchen Stellenwert Sie denn für eine „gemeinwohl-orientierte Ökonomie“ im Hinblick auf „Wirtschaftswachstum“ sehen und wie dieses Ziel auch aus Sicht der Gewerkschaften weiter forciert werden kann, um auch Gerechtigkeits- und Ungleichheitsdimensionen zu bekämpfen. Das ist meine erste Frage.

Meinen zweiten Punkt, den ich noch habe: Herr Riexinger hatte eine Vermögensabgabe die obersten zehn Prozent gefordert und dass wir mehr Geld brauchen, um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Der Kollege der SPD ging ja in eine ähnliche Richtung bezüglich „Bildung in den Kommunen“. „Wir brauchen mehr Mittel“, ist eine Denkweise, wie man mehr Nachhaltigkeit erreichen kann. Ich will meinen Blickpunkt auf etwas anderes richten, nämlich wenn wir über „Nachhaltigkeit“ sprechen, sprechen wir ja auch darüber, dass wir Mittel auch effizient einsetzen müssen, damit wir auch möglichst mit dem Input, den wir generieren, ein Maximum an Output erzielen. Man kann natürlich immer diese eine Diskussion führen. Man kann aber auch die andere Diskussion führen, die viel schwieriger ist, aber auch zu einer Lösung führt. Daher würde mich Ihr Blick darauf interessieren, wenn wir uns

die Nachhaltigkeitsdimensionen angucken, wo wir mit bestehenden Mitteln mehr Output generieren könnten und dadurch effizienter werden, um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, anstatt den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):

Dankeschön. Dann habe ich eine Wortmeldung von Herrn Brinkhaus.

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank, Herr Rohde, dass Sie heute gekommen sind. Ich möchte mich wie Herr Teutrine auch auf das SDG 8 konzentrieren. Dabei sind mir zwei Sachen wichtig. Erstens, haben wir in Deutschland immer noch einen sehr, sehr hohen Anteil an langzeitarbeitslosen Menschen. SDG 8 nimmt ja Bezug auf eine „Inklusion und Vollbeschäftigung für viele und für alle“. Was sind da die Konzepte des Deutschen Gewerkschaftsbundes, um dieses Ziel zu erreichen? Was würden Sie uns damit auf den Weg geben?

Die zweite Sache: Sie haben gerade bei der Beantwortung der ersten Fragerunde ganz interessanter Weise gesagt, dass ein Transformationsprozess auch Arbeitsplatzverluste mit sich bringen wird. Sie wollen aber eine „Netto-Null“ erreichen. Das teile ich absolut. Das bedeutet aber auch, dass ich akzeptiere, dass Arbeitsplätze woanders entstehen. Wir haben ja in den letzten Jahren sehr viele Diskussionen gehabt, auch mit den Gewerkschaften, über die Zukunft beispielsweise im „Automotive-Bereich“. Dort ist es so, dass wir wissen, dass durch den von uns auch forcierten Elektromotor einfach auch viel Wertschöpfung wegfallen wird. Jetzt war es aber regelmäßig die Position der Gewerkschaften zu sagen, dass diese Menschen im „Automotive-Bereich“ auch weiter gut bezahlt und weiterbeschäftigt werden müssen. Aber wenn ich das ernst nehme, was Sie sagen mit der „Netto-Null“, dann müssen wir auch einfach akzeptieren, dass im „Automotive-Bereich“, das ist jetzt nur ein Beispiel und ich möchte mich da auch gar nicht positionieren, dort wesentlich weniger Leute arbeiten, die dann vielleicht mehr im Pflegebereich oder mehr im Handwerksbereich arbeiten. Ich habe Gewerkschaften aber immer sehr so verstanden, dass die gesagt haben, „Nein, es muss alles so bleiben wie es ist“. Jetzt können



Sie mich eines Besseren belehren und können sagen, dass Sie diesen Transformationsprozess auch aushalten, und wir halten es auch aus, unseren Mitgliedern zu sagen, „Sorry, für den Kolben im Verbrennungsmotor. ist keine Arbeit mehr da, ihr müsst jetzt was anderes machen“. Vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ja, vielen Dank. Ich schaue noch einmal. Eine Wortmeldung habe ich noch. Weitere gibt es im Moment nicht. Bitte, Herr Dr. Kraft.

Abg. **Dr. Rainer Kraft (AfD):** Vielen Dank. Da der DGB offensichtlich großen Wert auf Transformation legt, schauen wir doch mal, wie es im realen Leben aussieht. Nehmen wir das beste Beispiel Sri Lanka. Als der dortige Präsident gesagt hat, er will der erste nachhaltige, ökologische Staat werden, hat er nur drei Jahre gebraucht, um dieses Land ökonomisch komplett vor die Wand zu fahren. Dies betraf nicht nur die sozialen Auswirkungen, dass die Leute durch Missernten von Armut und Hunger bedroht sind, sondern auch auf der ökologischen, weil sie natürlich durch den Mangel an Brennholz angefangen haben, Wälder abzuholzen, dass sie zum Wildern in den Wald gegangen sind, um sich etwas zum Essen zu holen. Dieser wunderbare Versuch der Transformation ist ganz offensichtlich eklatant gescheitert. Haben Sie eine Erklärung dafür, woran es liegt, oder hätte man den DGB hierzu fragen sollen?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Den DGB zu fragen, ist wahrscheinlich immer gut. Weitere Fragen sehe ich nicht, dann kommen wir schon zu einer Antwortrunde. Herr Rohde bitte.

Sachverständiger **Jan Phillip Rohde** (Referent für Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik, Deutscher Gewerkschaftsbund): Sehr gerne. Die Beantwortung der letzten Frage, kann ich relativ kurz machen. Ich kenne das Beispiel aus Sri Lanka nicht, deswegen kann ich dazu relativ wenig sagen und möchte hier auch nicht spekulieren. Den DGB fragen? Ja, das würde ich unterstreichen, das ist keine schlechte Idee.

Ihre Frage zur Biodiversität, Herr Kleebank, das ist etwas, was uns aus verschiedenen Perspektiven beschäftigt, zum Teil auch die Bodenversiegelung. Der DGB ist jetzt aktuell nicht in den Prozess involviert, es gibt aber z. B. gerade auch bei ver.di

und vor dem Hintergrund der Wasserwirtschaft eine große Debatte darum. Das will ich soweit nicht ausführen wollen, aber das ist vielleicht auch noch einmal spannend. Wir sehen natürlich Zielkonflikte auch innerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie, und das betrifft dann nicht nur die Biodiversität, sondern auch die Frage, wie wir mit „Verteilungsfragen“, „Klimawandel“, aber auch „Beschäftigungspolitik“ umgehen. Ich werde jetzt nicht zu allem die passende Antwort geben können, weil wir intern selbst auch in diesem Prozess sind, um zu diskutieren, wie wir damit verfahren. Das ist vielleicht auch eine Stärke von Gewerkschaften. Wenn wir dann zu einer Position kommen, ist die breit abgestimmt, sie hat viele Perspektiven berücksichtigt und ist in der Regel auch sehr robust, und das wäre dann auch der erste Hinweis auf die Frage von Herrn Brinkhaus.

Wir haben mit der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ einen ersten Prozess hinter uns gebracht, der genau diese Fragen auch adressiert hat. Wie gehen wir denn damit um, wenn wir Beschäftigung in nennenswerter Natur und auch gute tariflich abgesicherte Arbeitsplätze abbauen? Da haben wir einen Weg gefunden, genau damit umzugehen. Ich glaube, das ist wichtig, das auch in Gänze zu betrachten und dass es nicht nur um den Abbau von Stellen geht, sondern es muss dann darum gehen, auch nennenswerte Strukturen, neue innovative Industrien genau in diese Regionen zu bringen. Das wird aber nicht funktionieren ohne einen handlungsfähigen Staat, der genau in diesen Bereich hinein geht.

Die zweite Antwort auf die Frage wäre, dass es natürlich auch um soziale Absicherung gehen muss. Also, wir können jetzt niemanden ins Leere fallen lassen. Deswegen ist es so wichtig, diese Veränderungsprozesse schon frühzeitig zu betrachten, was jetzt auch intensiv im Automobil-Bereich gemacht wird ist, dass sich in Netzwerk-Strukturen etablieren. Wir kennen das Beispiel aus Rheinland-Pfalz mit dem Transformationsrat, der sich genau mit diesen Fragen proaktiv beschäftigt und geguckt werden kann, wie können wir eigentlich in den Bereichen, wo es zu diesen enormen Veränderungen kommen wird, Alternativen finden und auch belastbare



Lösungen, sowohl für die Beschäftigten, als auch für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Vielleicht noch ein Satz zu dem Anteil der hohen Langzeitarbeitslosenquote. Was wir dabei auch feststellen, ist ein hoher Anteil an prekärer Beschäftigung, die parallel gewachsen ist auch mit dem Beschäftigungsaufwuchs. Wir sehen schon, dass es da ein großes Problem gibt, und eine Antwort wäre, das hatte ich gesagt, darauf vor allen Dingen mit Tarifverträgen und Mitbestimmungs-Strukturen zu agieren. Dort, wo die Gewerkschaften stark sind, herrschen in der Regel dann auch bessere Arbeitsplätze. Die zweite Antwort darauf wäre natürlich, dass es darum gehen muss, auch über Aus- und Weiterbildungsstrategien die Kolleginnen und Kollegen genau dabei mitzunehmen. Das betrifft nicht nur die Langzeitarbeitslosen, sondern generell auch die Frage: Wie kommen wir eigentlich dahin, Aus- und Weiterbildungs-Qualifikation transformationsfit zu machen? Es gibt das Beispiel des Transformations-Kurzarbeitergeldes und auch andere. Ich glaube, das ist zentral und das wird auch für die nächste Dekade ein zentrales Thema sein. Ich bin jetzt nicht der DGB-Arbeitsmarkt-Experte. Eine umfassendere Antwort würde Ihnen sicherlich eine Kollegin oder ein Kollege aus diesem Arbeitsfeld geben.

Jetzt noch zu der Frage von Wirtschaftswachstum: Ich glaube, das ist eine spannende Frage, in der ich persönlich auch gespalten bin. Ich will der Frage auch gar nicht ausweichen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass diese große Modernisierungsstrategie, von der ich eben gesprochen habe, die wir brauchen, auch mit

Wirtschaftswachstum einhergehen wird. Wir sehen hier einen Aufwuchs in den Bereichen, die innovativ sind. Wir werden aber auch in anderen Bereichen sehen, dass das Wirtschaftswachstum abnehmen wird. Unser Ziel ist die nachhaltige Entwicklung, auch eine, die mit Wirtschaftswachstum verbunden wird und verbunden sein kann, aber unter der Prämisse der Einhaltung der planetaren Grenzen. Zu Ihrem Effizienz-Argument: Das ist sozusagen auch nichts Neues, wie mit den Ressourcen umgegangen wird. Das beste Beispiel, das wir kennen, sind die Genehmigungs- und Planungsverfahren. Ich glaube, „Das Eine sollte man tun, ohne das Andere zu lassen“, wäre meine Antwort darauf. Ich glaube, das stärkt dann auch solche öffentlichen Ausgaben, wenn wir das nicht nur an das Preisargument koppeln, sondern z. B. auch an Fragen von guter Arbeit und Tarifbindung.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Sehr geehrter Herr Rohde, wir bedanken uns ganz herzlich, dass Sie uns zur Verfügung stehen konnten und auch für die vielen Antworten und die Sichtweise der Gewerkschaft auf das große Feld der Nachhaltigkeit. Wir haben zwei Fragerunden gemacht. Das war eine Herausforderung, die wir an Sie gestellt haben. Sie haben das wunderbar gemeistert. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön.

Damit kommen wir zum Ende dieses öffentlichen Teils unserer Sitzung, die ich hiermit schließe. Wir haben eine kurze Unterbrechung und machen um 19.00 Uhr weiter. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 18:56 Uhr

Helmut Kleebank, MdB
Vorsitzender

Stellungnahme



Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes
zur öffentlichen Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige
Entwicklung zum Thema „Perspektiven, Dringlichkeit,
Schwerpunkte von Nachhaltigkeit aus Sicht der Gewerkschaft“

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung
Ausschussdrucksache
20(26)29

09.12.2022

Bedeutung der Nachhaltigkeit

Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften hat die nachhaltige Entwicklung in Deutschland, aber auch in Europa und weltweit einen hohen Stellenwert. Der DGB unterstützt den ganzheitlichen Ansatz, den die Agenda 2030 verfolgt, ökologische Tragfähigkeit mit inklusivem Wachstum und sozialem, geschlechtergerechtem Fortschritt zusammenzubringen.

Der DGB begrüßt, dass der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung sich explizit mit der Nachhaltigkeitsperspektive der Gewerkschaften befasst.

Grundsätzliches

Nicht nur die Transformation, getrieben durch die Digitalisierung, die Globalisierung und den Klimawandel, stellt Gesellschaften und die Wirtschaft weltweit vor enorme Herausforderungen. Auch die aktuellen multiplen Krisen und die damit verbundenen Auswirkungen sowohl für den Einzelnen als auch für Kommunen, Unternehmen und Regionen verdeutlichen die Notwendigkeit eines handlungsfähigen Staates und gemeinsamen multilateralen Agierens. Aus Sicht der Gewerkschaften sind daher gesellschaftliche Teilhabe, sozialer Zusammenhalt, Geschlechtergerechtigkeit und internationale Solidarität wichtiger denn je.

Es zeigt sich, dass die aktuell in Europa vorherrschenden Wirtschafts- und Sozialmodelle nicht immer ausreichend resilient, sondern anfällig gegenüber Krisen sind. Für den DGB ist daher klar, dass es eines neuen Wirtschafts- und Sozialmodells bedarf, das zu einer nachhaltigen, gerechten und inklusiven Form des Wirtschaftens führt. Dazu ist eine Stärkung industrieller Wertschöpfung ebenso wichtig wie die Aufwertung und der Ausbau von guter Dienstleistungsarbeit.

Als Gewerkschaften setzen wir uns weltweit dafür ein, gerecht verteilten Wohlstand mit Guter Arbeit unter Einhaltung der planetaren Grenzen unter Wahrung von Menschen- und Arbeitnehmer*innenrechte zusammenzubringen. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist ein Ort, dies integriert zu diskutieren.

Folgende Bestandteile sind aus Sicht des DGB für eine nachhaltige Entwicklung im Sinn des Leitmotivs „Leave no one behind“ von besonderer Bedeutung.

Deutscher Gewerkschaftsbund

Abteilung Struktur-, Industrie- und
Dienstleistungspolitik

Jan Philipp Rohde
Referent für Umwelt-, Klima- und
Nachhaltigkeitspolitik

janphilipp.rohde@dgb.de

Telefon: 030 24060 303
Telefax: 030 24060 677

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

www.dgb.de



Gute Arbeit und Mitbestimmung stärken (SDG 8)

Das wirksamste Mittel sowohl zur Bekämpfung von Armut (SDG 1) als auch zur Reduktion von Ungleichheit (SDG 5, SDG 10) sind Betriebs- und Personalräte, Gewerkschaften und eine wirkungsvolle Tarifbindung, die von den Sozialpartnern unterstützt wird. Diese Bedingungen führen zu Guter Arbeit, guten Arbeitsbedingungen, fairen Löhnen, geschlechtergerechter Bezahlung und der Einhaltung von Arbeitnehmer*innenrechten. Das sind die Grundlagen für eine prosperierende Wirtschaft, die global den Lebensstandard heben und Armut reduzieren kann. Damit legt der Grundsatz von Guter Arbeit (SDG 8) den Ausgangspunkt zur Erreichung vieler anderer Nachhaltigkeitsziele.

Um faire Bedingungen zu garantieren, braucht es allerdings klare und fest verankerte Mitbestimmungsinstrumente für Beschäftigte. National macht sich der DGB daher stark, auch die Qualität der Beschäftigung in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu verankern. Denn bis heute ist der Indikator zur Erfassung von Guter Arbeit im Rahmen des SDG 8 nur die Erwerbstätigenquote.

Um die Qualität von Arbeitsbedingungen besser abzubilden, sollte folgerichtig auch der Anteil der Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen berücksichtigt werden, der darüber hinaus recht einfach darzustellen ist. Zudem sollte ein geschlechtersensibler Blick hier Klarheit verschaffen: Die Darstellung der Erwerbstätigenquote ausschließlich anhand der Zahl der Erwerbstätigen verdeckt, dass die Frauenerwerbstätigkeit aufgrund der hohen Teilzeitquote dem Volumen nach deutlich unter der der Männer liegt und seit Jahren in ihrem Stundenumfang nicht nennenswert gestiegen ist.

Klar ist: Mitbestimmung ist kein Selbstzweck. Studien zeigen, dass Mitbestimmungsstrukturen die Nachhaltigkeit von Unternehmenspolitik fördern, auch, indem sie langfristige Perspektiven für Arbeitsplätze, Einkommen und ihre Standorte einfordern. Gerade in Zeiten häufig wechselnder Mitglieder in Vorständen bzw. Geschäftsführungen und immer kürzer werdender Amtszeiten kommt es den Arbeitnehmervertreter*innen im mitbestimmten Aufsichtsrat zu, die langfristige Zukunft des Unternehmens im Auge zu behalten. Redeker (2019) zeigt, dass die paritätische Mitbestimmung in Deutschland die Investitionen der Unternehmen erhöht. Deutlich wird dadurch, dass die Verhandlungsmacht der Beschäftigten ein Schlüssel für Investitionen und somit für eine nachhaltige Modernisierung der Unternehmen ist.

Daher gilt es, betriebliche Demokratie durch die Stärkung der Mitbestimmung zu garantieren. Nur ein mitbestimmtes Unternehmen wird auch ein erfolgreiches, nachhaltiges Unternehmen. Deshalb wäre ein erster Schritt, die Unternehmensmitbestimmung in Deutschland auszubauen und ihre drohende Erosion zu stoppen. Zudem braucht es einen Modernisierungsschub für das Betriebsverfassungsgesetz, damit Betriebsräte ganz konkret über die Werkzeuge verfügen, die sie für die Gestaltung Guter Arbeit brauchen¹.

International setzt sich der DGB im Rahmen der Agenda 2030 gemeinsam mit dem internationalen Gewerkschaftsbund mit der Kampagne „Time for 8“² für die Rechte von Beschäftigten weltweit ein. Nur starke Arbeitnehmerorganisationen sind in der Lage, im sozialen Dialog mit Regierungen und Arbeitgebern auf Augenhöhe zu verhandeln und Sozial- und Umweltstandards umzusetzen. Es gilt daher, demokratische Gewerkschaften auf der ganzen Welt aufzubauen und zu unterstützen.

¹ Blog zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG): <https://aur-blog.eu/>

² <https://timefor8.org/>



Reduzierung der Ungleichheit (SDG 4)

Fortschritte bei der Bekämpfung von Armut (SDG1), der Reduzierung von Ungleichheit (SDG 10) sowie Zugang für alle zu Bildung mit hoher Qualität (SDG 4) sind weiterhin nur langsam zu erkennen. Trotz umfangreicher Verbesserungen in den letzten Jahren leben immer noch neun Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut - trotz Arbeit. In Deutschland waren 2019 rund 16,8 % von Armut betroffen. Dem fast kontinuierlichen Beschäftigungszuwachs der letzten zehn Jahre steht hier eine kontinuierlich hohe Armutsgefährdungsquote von 15,8 % gegenüber. Die Vorkrisenjahre waren geprägt von einem starken wirtschaftlichen Aufschwung und deutlich sinkender Arbeitslosigkeit – und dennoch haben Einkommensungleichheit und Armutsquote Höchststände erreicht. Seitdem hat sich die Welt massiv verändert. Die gesamtgesellschaftlichen Krisen, von denen Deutschland und die Welt seit Anfang der 2020er Jahre betroffen sind, verschärfen die soziale Situation in Deutschland massiv und wirken wie eine Art Brandbeschleuniger auf diese Trends.

Das heißt: Selbst der Wechsel von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung bedeutet für viele Haushalte keinen wirtschaftlichen Aufstieg - weil viele Löhne zu niedrig sind, um vor Armut zu schützen. Menschen, die atypisch beschäftigt sind und in gering qualifizierten Tätigkeiten arbeiten, haben ein erhöhtes Armutsrisiko. Häufig geht damit einher, dass jene Menschen vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden, was in einer wirtschaftlichen und sozialen Schieflage resultiert.³ Der Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft muss sowohl in Deutschland als auch weltweit mit Nachdruck entgegengewirkt werden. Bildung für nachhaltige Entwicklung (SDG 4) muss dazu allumfassend verstärkt werden.

Die Ungleichheit war bereits vor den Krisen in Deutschland sehr hoch. Die Anzahl der Superreichen und ihr Vermögen hat seit längerem stetig zugenommen. Die zehn reichsten Personen in Deutschland steigerten ihr kumuliertes Vermögen um 78 % von 144 Milliarden Dollar auf rund 256 Milliarden Dollar⁴. Auf der anderen Seite ist die Gruppe der Einkommens- und Vermögensschwächeren und die Gruppe derer, die von Armut bedroht ist, deutlich gewachsen. Die Auswirkungen der Krisen haben mittelfristig dazu geführt, dass die Ungleichheit sich weiter vertieft. Dies schadet Gesellschaft, Wirtschaft und dem sozialen Zusammenhalt gleichermaßen.

Neben den aktuellen Entlastungsmaßnahmen, die der DGB ausdrücklich begrüßt hat, braucht es mehr denn je Investitionen in öffentliche Güter, die allen zustehen: in die Infrastruktur, den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und in Bildung. Fakt ist: Die Bekämpfung der Ungleichheit ist eine der zentralen Fragen unserer Zeit. Hier muss die Politik für einen Kurswechsel sorgen.

Dazu gehört ebenfalls ein gerechtes Steuersystem, bei dem stärkere Schultern mehr zu einem handlungsfähigen Staat und einer gerechten Gesellschaft beitragen. Zu den aus gewerkschaftlicher Per-

³ Siehe DGB Verteilungsbericht 2019/2020: <https://www.dgb.de/themen/++co++29684c70-f053-11e9-8982-52540088cada> und WSI-Verteilungsbericht 2022: https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008464/p_wsi_report_79_2022.pdf

⁴ Siehe Oxfam Ungleichheitsbericht 2022: https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_factsheet_gewaltige_ungleichheit.pdf



spektive grundlegenden Maßnahmen gegen soziale Ungleichheit gehören hier die Finanztransaktionssteuer, Erbschaftssteuerreform, Vermögenssteuer, die Grundrente und der soziale Wohnungsbau. Der DGB hat ein entsprechendes Steuerkonzept vorgeschlagen⁵.

Ein Meilenstein war die Einführung des Mindestlohns. Auch über fünf Jahre nach seinem Inkrafttreten halten die positiven Effekte auf Beschäftigung, Löhne und Wirtschaft weiter an. Der nun auf 12 Euro gestiegene Mindestlohn verbessert die Einkommenssituation von Millionen Beschäftigten und kann als wichtiges Signal für Arbeitnehmer*innen gewertet werden. Für den DGB ist klar: Der Mindestlohn ist als untere Haltelinie notwendig, für dessen konsequente Durchsetzung gesorgt werden muss. Dennoch bleiben für Gewerkschaften Tarifverträge das primäre Ziel. Deshalb kommt effektiven Maßnahmen zur Steigerung der Tarifbindung eine besondere Bedeutung zu. Auch die öffentliche Hand kann hierbei etwa im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe einen großen Beitrag leisten, wenn öffentliche Aufträge an die Tarifbindung des auszuführenden Unternehmens geknüpft werden.⁶

Sozial-ökologische Transformation durch ausgewogenen Rahmen und Investitionen bewältigen (SDG 13)

Der vor uns stehende Wandel wird unsere Art zu leben, zu konsumieren und zu arbeiten weltweit einschneidend verändern. Um diesen Wandel erfolgreich zu meistern, muss Klimaschutz mit gerecht verteiltem Wohlstand und Guter Arbeit zusammengebracht werden. Im Kern müssen tragfähige Perspektiven für die betroffenen Regionen und Beschäftigten geschaffen werden. Das vereinen die gewerkschaftlichen Anforderungen an einen gerechten Strukturwandel - „Just Transition“. Im Zentrum stehen die Beschäftigten, die sowohl Gestalter der nachhaltigen Entwicklung als auch direkt Betroffene von Transformationsprozessen sind. Sie gilt es mitzunehmen, abzusichern, weiterzubilden und in die Gestaltung des Wandels einzubeziehen. Dabei sorgen Mitbestimmung und Tarifverträge für mehr Gerechtigkeit im Betrieb und sichern wirtschaftliche und soziale Teilhabe – insbesondere in Zeiten von Veränderungen. Gleichzeitig befördert Mitbestimmung durch die Beteiligung der Beschäftigten eine innovative Unternehmenskultur. Beispielhaft stehen dafür von Personal- und Betriebsräten etablierte Vorschlagswesen, die Beschäftigte ermuntern, ihr einzigartiges Know-how einzubringen, um Betriebsabläufe nachhaltig zu verbessern, Energie einzusparen oder Umweltschutzmaßnahmen umzusetzen. Um Beschäftigte noch stärker in den Mittelpunkt der nachhaltigen Entwicklung zu stellen, hat der DGB Vorschläge zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes gemacht. Der DGB schlägt u.a. ein Mitbestimmungsrecht für Maßnahmen vor, die geeignet sind, dem Umwelt- und Klimaschutz zu dienen.⁷

Im sozialen Dialog gilt es, mit Unternehmen und staatlichen Akteuren tragfähige Konzepte zu entwickeln und zu vereinbaren. Das stärkt die Akzeptanz für Maßnahmen, erhöht die Teilhabe und führt zu sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt. Exemplarisch hierfür stehen die Arbeit und das Ergebnis der Kommission für Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel. Wichtig ist, dass Transformationsprozesse auch regional gestaltet werden. Aus Sicht des DGB ist die Einrichtung von Transformationsräten für die vom Wandel betroffenen Regionen und Bundesländer der richtige Ansatz, um den

⁵ DGB-Steuerkonzept: <https://www.dgb.de/-/0Fe>

⁶ DGB-Schwerpunkt „Mindestlohn“: <https://www.dgb.de/-/4Ag>

⁷ Blog zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG): <https://aur-blog.eu/>



Strukturwandel proaktiv zu gestalten, neue Perspektiven zu schaffen, Chancen zu nutzen und Strukturbrüche und Arbeitsplatzverluste zu verhindern.

Um die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu meistern und auch um die Konjunktur zu stabilisieren, braucht es ein groß angelegtes, verlässliches öffentliches Modernisierungsprogramm. Öffentliche und geschlechtergerecht ausgestaltete Investitionen stärken den sozialen Zusammenhalt, fördern gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland und tragen zu Resilienz und Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft und der öffentlichen Daseinsvorsorge bei - und sichern damit Wertschöpfung und die guten Arbeitsplätze von morgen. Vor allem in den Bereichen, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt entscheidend sind, wie lebenswerte Kommunen, bezahlbarer Wohnraum, gut ausgebauter Nahverkehr, Krankenhäuser oder ein hochwertiges Bildungssystem, wurde in den letzten Jahren aber viel zu wenig getan. Die Energiepreiskrise hat den Strukturwandel nicht gebremst, sondern vielmehr bestehende Trends und Fliehkräfte der Transformation verstärkt. Investitionen in klimafreundliche und klimaresiliente Infrastrukturen, innovative Technologien, in Energieeffizienz, erneuerbare Energien, den Ausbau des (grenzüberschreitenden) Bahnverkehrs und neue klimaschonende Mobilitätsformen schaffen nicht nur die Voraussetzungen, damit die Klimaziele erreicht werden können, sondern tragen maßgeblich dazu bei, weniger anfällig für Auswirkungen von geopolitischen Entwicklungen zu sein.

Diese Notwendigkeit steht dem in Ziel 8.2. der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie dargelegten Verständnis von Generationengerechtigkeit, das stark mit einer Rückführung der Staatsverschuldung verknüpft ist, diametral entgegen. Verpasst Deutschland den Anschluss in der Transformation und im Klimaschutz, wäre das eine weitaus größere Bürde für künftige Generationen als ein temporär gesteigener Verschuldungsgrad der öffentlichen Hand. Die investitionsfeindliche Schuldenbremse passt nicht zu den enormen Herausforderungen unserer Zeit und muss abgeschafft werden.

Damit private Investitionen ebenfalls den Zielen der sozial-ökologischen Transformation folgen, ist ein geeigneter Rahmen notwendig. Insbesondere der Industrie kommt hier eine tragende Rolle für eine nachhaltige Entwicklung zu. Um das Ziel der Treibhausgasneutralität (SDG 13) zu erreichen, werden befähigende Maßnahmen im Rahmen einer aktiven Industriepolitik (SDG 9) notwendig sein. Dadurch entstehen Arbeitsplätze, der Umstieg auf klimafreundliche Alternativen wird ermöglicht und ein Fortschritt bei den Klimazielen erreicht. Dafür ist eine aktive Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik unverzichtbar. Auch nach all den Interventionen des Krisenjahres 2022 bleibt ein aktiver Staat für das langfristige Gelingen der Transformation von entscheidender Bedeutung. Beim Einsatz öffentlicher Gelder sind dabei hohe Kriterien anzulegen. Wichtig ist, öffentliche Mittel neben der Emissionsminderung auch immer an Kriterien von Standortentwicklung, Beschäftigungssicherung und Guter Arbeit in der Transformation zu koppeln.

Lieferkettengesetz stärkt internationale Gerechtigkeit

Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen gehören in vielen Branchen zum etablierten Wirtschaftsmodell. Doch unlauterer Wettbewerb auf Kosten der Umwelt und fundamentaler Arbeitnehmerrechte ist inakzeptabel. Die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen sind nicht nur Menschenrechte und demokratische Grundprinzipien, sie sind vielmehr eine Grundvoraussetzung für menschenwürdige Arbeit und sozialen Fortschritt.



Aus diesem Grund braucht es klare und verbindliche Leitplanken und Verantwortlichkeiten in internationalen Lieferketten. Grundvoraussetzung muss die Einhaltung und Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen sowie der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft- und Menschenrechte sein. Auch Umweltaspekte müssen als eigenständiger Bereich in das Lieferkettengesetz aufgenommen werden. Menschenrechte, Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz sowie eine klare Position gegen Ausbeutung und Kinderarbeit sind für uns nicht verhandelbar. Das vom DGB lange geforderte Lieferkettengesetz, welches zum neuen Jahr in Kraft tritt, darf hier als wichtiger Schritt in die richtige Richtung aufgefasst werden. Jetzt muss es darum gehen, auch auf europäischer Ebene gute Standards zu setzen.